



Dr. Harald Engler | Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialentwicklung

Bürgerinitiativen gegen Altstadtverfall in der DDR

Weshalb dieses Thema?

Wenn sich die Bundesrepublik Deutschland in ihrem öffentlichen Diskurs in jüngster Zeit der dreißigsten Wiederkehr der Friedliche Revolution in der DDR 1989/90 erinnert, dann gehört der Kampf von Bürgerinitiativen gegen den Verfall der Altstadtsubstanz in der DDR in diesen Fokus. Denn sie waren ein wichtiger Bestandteil dieser Gesamtbewegung, die den Zerfall des politischen Systems herbeiführte. Ein zweiter Grund, dieses Thema in den Blick zu nehmen, liegt im Kernforschungsbereich der Historischen Forschungsstelle des IRS, die sich schwerpunktmäßig mit der Bau- und Planungsgeschichte der DDR befasst. In diesem Feld ist die Bewegung gegen den Altstadtverfall eine bis heute weitgehend unerforschte terra incognita, die mit dem neuen, durch das Bundesministerium für Forschung und Bildung finanzierten Verbund-Forschungsprojekt „Stadtswende“ endlich „entdeckt“ werden soll (s. dazu den Beitrag von Holger Schmidt während des 47. Brandenburger Regionalgesprächs).

Für die Historische Forschungsstelle, die sich bisher eher mit staatlich beauftragten Architekten und den zentralstaatlichen Institutionen des DDR-Bauwesens befasst hat, stellt diese Hinwendung zu den Akteuren der Friedlichen Revolution von unten einen veritablen Perspektivwechsel dar. Der dritte und aus meiner Sicht gesellschaftspolitisch wichtigste Punkt ist aber, dass mit diesem Forschungsprojekt endlich den Akteuren ein Gesicht gegeben werden soll, die die Friedliche Revolution von unten initiierten und bis heute weitgehend unbekannt sind. Und damit sind sowohl die Aktivisten der städtischen Bürgerinitiativen gemeint, die den Kampf gegen die Betonköpfe in den städtischen und staatlichen Bauverwaltungen aufnahmen, als auch die Reformkräfte innerhalb des staatlichen Apparats von Stadtplanungsämtern, Hochschulen oder Bau-Forschungsinstituten, die den grassierenden Altstadtverfall ebenfalls verhindern wollten. Diese Akteure und ihr historisches Wirken sollen damit in den deutschen Erinnerungsdiskurs integriert werden. Und zwar mit der Friedlichen Revolution als einer primär ostdeutschen Leistung, die integrativer Bestandteil einer ostdeutschen Identität sein und in die immer noch stark westdeutsch dominierte gesamtdeutsche Identität integriert werden sollte.



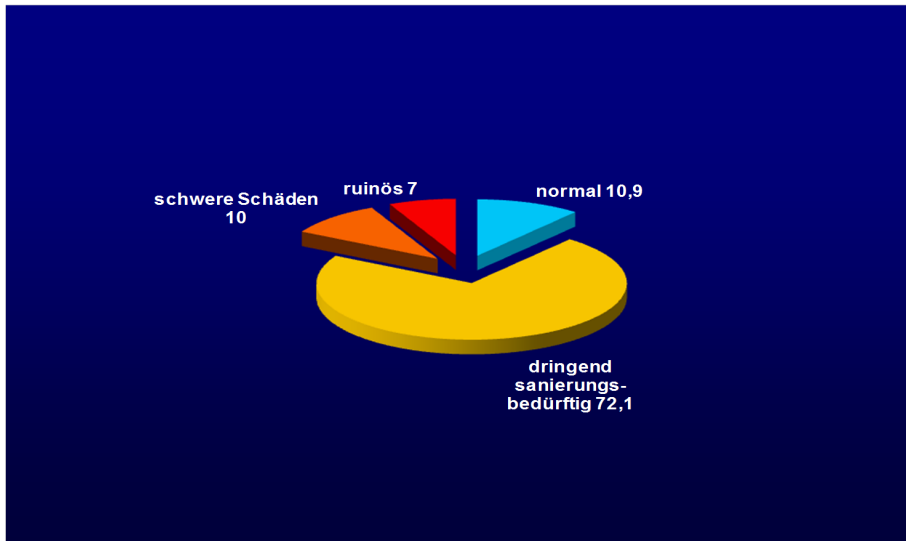
Dessau, Haus von 1840 (Aufnahme 1988, Andreas Butter)

Altstadtverfall in der DDR – Hintergründe

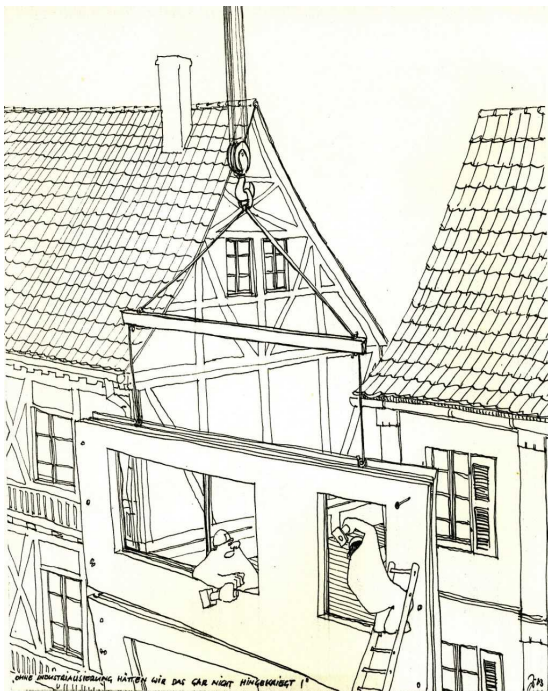
Um den großflächigen Altstadtverfall in der DDR zu verstehen, ist ein Blick auf die Hintergründe von Bauwesen und Architektur in Ostdeutschland notwendig. Mit den entscheidenden Weichenstellungen von 1955, nach dem Vorbild der Sowjetunion auch in der DDR künftig auf die industrielle Bauweise zu setzen, entstand hier nach und nach eine monostrukturelle Dominanz der Plattenbautechnologie. Mit ihr sollte die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach mehr Licht und Luft in einem modernen Wohnungsbau erfüllt werden. Vor allem mit dem Machtantritt von Erich Honecker 1971 wurde der industrialisierte Wohnungsbau mit Plattenbauten auf der grünen Wiese als zentraler Bestandteil der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ zur von der Staatspartei als alternativlos erklärten Staatsdoktrin, mit dem die Wohnungsfrage in der DDR mit dem Bau von drei Millionen neuen Wohnungen gelöst werden sollte. Abgesehen von der Tatsache, dass die avisierten und öffentlich propagierten Zahlen im Wohnungsbau nicht erreicht wurden, war das Programm insgesamt ein Misserfolg, weil die Zahl der durch Verfall erfolgten Wohnungsabgänge die Zahl durch Neubauten nicht kompensiert, der Wohnungsmarkt in der DDR also insgesamt nicht stabilisiert werden konnte.

Denn die Entscheidung, seit Mitte der fünfziger Jahre beinahe ausschließlich auf eine industrielle Wohnungsbauweise zu setzen, war mit der weitgehenden Abschaffung bzw. Dezimierung von vor allem privaten Handwerkerkapazitäten als Ressource und Arbeitskräfte verbunden. Diese Entwicklung sorgte in den alten Gründerzeitvierteln von Berlin, Leipzig und anderen Städten für einen zunehmenden großflächigen Verfall der Altstadtsubstanz, deren Instandsetzung erst nach Abschluss des Wohnungsbauprogramms in Plattenbauweise in Angriff genommen werden sollte. Dafür waren dann in den achtziger Jahren keine Ressourcen und Arbeitskräfte mehr vorhanden, so dass die Altstädte auch wegen des nie vollzogenen Paradigmenwechsels verfielen und in vielen Fällen von innerstädtischen Plattenbauten ersetzt werden sollte. Vorschläge von Fachleuten für eine verstärkte Altbausanierung statt massenhaftem Abriss zugunsten von Plattenbauten wurden von der Parteiführung abgelehnt. Diese desaströse Altstadtspolitik, die sich vor den Augen der Stadtbewohner vollzog,

sorgte für wachsenden Unmut in der Bevölkerung und immer mehr Menschen begannen, gegen diesen Zerfall ihrer Altstädte zu protestieren.



Bauzustandsstufen von Altbauten in Leipzig, 1988, Grafik: Harald Engler



"Ohne Industrialisierung hätten wir das gar nicht hingekriegt.", Karikatur von Rainer Götze (1983)

Kampf gegen Altstadtverfall als Teil der Friedlichen Revolution 1989/90

Auf diese Weise gehört der Kampf gegen den Altstadtverfall in zahlreichen Städten der DDR zum Gesamtzusammenhang der politische Wende und der Friedlichen Revolution in der DDR 1989/90. Den Hintergrund für diese Entwicklung bildete die zugespitzte wirtschaftliche Krise, in der sich die in den späten achtziger Jahren nahezu zahlungsunfähige DDR am Abgrund befand, sowie die veränderte internationale Lage vor allem innerhalb des Ostblocks, wo sich

mit der Solidarność-Bewegung in Polen seit Anfang und der Grenzöffnung und Liberalisierung in Ungarn seit Ende der achtziger Jahre grundlegende Umwälzungen vollzogen, ohne die die politische Wende in der DDR nicht denkbar war. Die sich seit Mitte der achtziger Jahre sichtbarer formierende Bürgerbewegung bestand aus Gruppierungen, die sich vor allem unter dem Dach der Kirche um den Frieden („Schwerter zu Pflugscharen“, z.B. Friedrich Schorlemmer), die massiv geschädigte Umwelt (Umweltbibliothek in der Zionskirche in Berlin, Carlo Jordan) sowie immer stärker als dezidiert politische Bewegung auch um elementare Bürgerrechte- und Menschenrechte (Bärbel Bohley) kümmerten, die die Partei- und Staatsführung ihren Bürgern größtenteils verwehrte.

Alle diese Gruppen waren quantitativ, vor allem aber qualitativ wichtiger für das Zustandekommen der politischen Wende von 1989/90, weil sie zumeist mit ausgeprägteren politischen Strategien vorgingen und weil sie in erster Linie die wachsende Zahl von Massendemonstrationen zuerst in Plauen und Leipzig, danach die entscheidende in Ost-Berlin am 4. November, in Gang setzen, die letztlich zum Zusammenbruch des Systems im Herbst 1989 führten.

Dennoch gehen wir in unserem Projekt „Stadtwende“ davon aus, dass die Bürgerinitiativen gegen Altstadtverfall von großer Bedeutung für die Friedliche Revolution in der DDR waren, zumindest soll diese Frage im Projekt erstmals intensiver analysiert werden, als dies bisher der Fall war. Diese Initiativen hatten vor allem deshalb eine große Bedeutung, weil das Wohnen eine elementare anthropologische

Grundkonstante menschlichen Lebens so wie Essen, Kleidung oder Arbeit bildet. Die in der DDR massenhaft zerbröselnden Altstadtgebiete wurden von der Bevölkerung zugleich als systemisches Defizit und Staatsversagen wahrgenommen, von dem viele tagtäglich beim Gang zur Arbeit oder beim Einkaufen gleichsam physisch bedrängt wurden, wenn sie nicht selbst in einer feuchten Altbauwohnungen mit undichtem Dach lebten. Dieser Anblick motivierte viele Stadtbewohner aus ganz unterschiedlichen Beweggründen und mit verschiedenen (politischen) Absichten, sich gegen den staatlich tolerierten Altstadtverfall zu engagieren.

Untersuchungsfragen im Forschungsprojekt „Stadtwende“

Das Forschungsprojekt, das wir im Rahmen des 47. Brandenburger Regionalgesprächs am 13. November 2019 im IRS in Erkner vorstellen und das sich mit der Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall im Kontext der Friedlichen Revolution befasst, hat einige Forschungsfragen formuliert, die hier knapp umrissen werden (siehe hierzu ausführlicher die Beiträge von Holger Schmidt und Julia Wigger in diesem Regionalgespräch). Zunächst soll, da die Forschung zu diesem Themenfeld sehr überschaubar ist, schlicht eine Übersicht über die Zahl der Städte geliefert werden, in denen es Bürgerinitiativen im Kampf gegen den Altstadtverfall überhaupt gab. Dabei ist auch das erstaunliche Phänomen zu analysieren, weshalb in der vermeintlich gleichgeordneten DDR in bestimmten Städten mit vergleichbaren Verfallsstrukturen im Altstadtbereich Bürgerinitiativen gegründet wurden, in anderen dagegen

nicht. Welche urbanen Denkwelten in Städten veranlassten also Bürger, sich gegen diesen Missstand zu engagieren? Wie waren die Bürgerinitiativen sozial zusammengesetzt, mit welchen Organisations- und Aktionsformen agierten sie und wer waren ihre Schlüsselakteure?

Dabei sollen neben dem lokalen Scheitern gerade auch die Erfolge von Bürgerinitiativen in den Blick genommen werden. Etwa die Initiative im Andreasviertel in Erfurt, die es gelang, den Bau einer vierspurigen Stadtschnellstraße durch ihr mittelalterliches Viertel zu verhindern und die SED-Stadtregierung zu „Sonntagsgesprächen“ zu zwingen. Oder die Aktivisten im Prenzlauer Berg, die es in informeller Zusammenarbeit mit reformwilligen Fachleuten aus dem Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie schafften, mit dem siech gewordenen Instrument der Wohnbezirksausschüsse das System von innen zu unterwandern und den Abriss von großflächigen Gründerzeitquartieren und deren Ersatz durch innerstädtische Plattenbauten in der Rykestraße und der Oderberger Straße zu verhindern. Und das Projekt will letztlich nicht im geschichtswissenschaftlichen Elfenbeinturm stehen bleiben, sondern danach fragen, welche Wirkungen die Bürgerinitiativen mit ihren Akteuren sowie die reformorientierten Fachleute in den offiziellen Institutionen der DDR (Bauakademie, Hochschulen, Stadtplanungsämter) durch die mentale Etablierung eines neuen Umgangs mit Altbauquartieren auch nach 1989 und bis heute in der wiedervereinigten Bundesrepublik erzeugen konnten. Dabei wird auch zu fragen sein, wie viele der Reformaktivisten, die im politischen Bereich sehr schnell von der westdeutschen Elite verdrängt wurden, im Bau- und Planungsbereich auch in die Ämter und Stellungen der wiedervereinigten Bundesrepublik gelangten und dort endlich ihre Reformkonzepte einer behutsamen Sanierung nachhaltig in die Realität umsetzen konnten.

Gesellschaftliche Relevanz bis heute: Bürgerinitiativen und Partizipation

Aufgrund dieser Zusammenhänge handelt es sich beim Projekt „Stadtwende“ um ein Vorhaben mit hoher gesellschaftlicher Relevanz, das aber auch wegen der kaum vorhandenen grundlegenden Forschungsarbeiten zum Thema endlich historisiert und gründlich geschichtswissenschaftlich analysiert werden muss. Denn es gibt bis zum heutigen Tag nur einige wenige kleinere wissenschaftliche Arbeiten und Aufsätze zum Thema, aber nach wie vor keine umfassende, tiefgründige geschichtswissenschaftliche Analyse. Die gesellschaftliche Relevanz liegt aber auch in der Absicht, den Akteuren der Friedlichen Revolution endlich in der gesamtdeutschen Erinnerungskultur ein Gesicht zu geben: Wer waren die Menschen, die sich in den späten achtziger Jahren in der DDR plötzlich im Bereich der Altstadterhaltung engagierten? Sie sollen in den Forschungen, vor allem aber auch in den geplanten Ausstellungen und öffentlichkeitsorientierten Veranstaltungen zu Wort und auch zu Gesicht kommen, um sie auf diese Weise in den (hoffentlich gesamt)deutschen Erinnerungsdiskurs zu integrieren. Dabei ist das Design dieses Forschungsvorhabens ausdrücklich so gestaltet, dass alle Reformkräfte angemessen berücksichtigt werden sollen. Denn neben den Bürgerinitiativen gab es auch in bestehenden (staatlichen) Institutionen der DDR reformorientierte Fachleute, die dem flächenhaften Verfall in den Altstädten nicht weiter tatenlos zusehen wollten. Und diese Fachleute etablierten zusammen mit den bewegten Bürgern aus den Städten ei-

nen mentalen Paradigmenwechsel in Bezug auf den Umgang mit Altbausubstanz, der auch nach der Wende eine bemerkenswerte Langzeitwirkung in der Gesetzgebung, aber auch in den Stadtplanungsämtern der Kommunen entwickelt, dem im Projekt nachzuspüren ist.

Und schließlich soll das Projekt „Stadtwende“ nicht nur der Historisierung des Themas im Sinne einer Musealisierung dienen, sondern frei nach dem Motto der Bürgerrechtlerin Marianne Birthler („Erinnerung ist keine Asche, sondern Glut“) auch ein Impuls für aktuelle gesellschaftliche Impulse gezündet werden. Wohnen stellt auch heute ein herausforderndes menschliches Grundrecht für unsere Gesellschaft dar, das in Zeiten der Profitorientierung von Wohnungsunternehmen und dem fehlenden öffentlichen Bau von bezahlbaren Wohnungen für alle Schichten der Gesellschaft ein brisantes Problem dieses Staates vor allem in den großen Metropolen darstellt. Und auch in unserem demokratisch-pluralen Gesellschaftssystem stellt eine angemessene Berücksichtigung von Bewohnerinteressen und ihrer politisch-planerische Beteiligung im demokratischen Entscheidungsprozess ein nicht gelöstes Problem dar. Aktuelle Beispiele wie der Umgang mit dem Tempelhofer Feld oder dem Umbau der autogerechten Stadt in Berlin zeigen, dass hier wie bei der Beteiligung von Bewohnern bei der Planung und Realisierung von Großprojekten wie „Stuttgart 21“ erhebliche Herausforderungen für die moderne Gesellschaft des 21. Jahrhunderts auf eine adäquate Lösung warten. Und unerwartete neue gesellschaftliche Bewegungen wie die „Fridays for Future“-Gruppierungen im Kampf gegen den Klimakollaps der Erde unterstreichen, dass auch westlich-demokratische Systeme Druck von unten brauchen, um gesellschaftliche Herausforderungen mit systemveränderndem Charakter zu steuern.